

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

80 (4.4.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkasten monatlich 1,80 M., vierteljährlich 5,00 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1,40 M., vierteljährlich 4,20 M.; durch die Post 1,44 M. bezug 4,32 M., voranzugleichbar. Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/8-11 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Anzeigenzeitung od. deren Raum 25 A., zugügl. 80 % Zeitungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestluß 1/2 Vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

Friedensbesprechungen.

Die erste Zusammenkunft mit den Deutschen.

Paris, 3. April. Antik. Die Mitglieder der Finanzabteilung des Obersten interalliierten Rates hatten am Mittwoch ihre erste Zusammenkunft mit den deutschen Abgeordneten. Die Delegierten haben lediglich die Besetzung der französischen Delegationen und der englischen Delegationen besprochen, findet am Donnerstag statt.

Paris, 2. April. Reuters. Nach 35 Sitzungen hat die Konferenz für internationale Arbeiterschaft ihre Arbeiten beendet. Der Bericht hat jedoch nicht vollkommen befriedigt, da die Besetzung bestimmter Staaten diese Staaten verhindern, alle im Entwurf enthaltenen Verpflichtungen anzunehmen. Der Bericht besteht 1. aus 41 Artikeln, die auf dem britischen Entwurf basieren und 2. aus 9 Erklärungen allgemeiner Grundsätze, deren Aufnahme in den Völkerbundsvertrag beabsichtigt ist.

Paris, 3. April. Na. Havas. Der diplomatische Situationbericht meldet u. a.: Die Führer der Regierungen hielten am Mittwoch ihre Hauptversammlung ab. Schon jetzt scheint beschlossen, daß das linksrheinische Ufer neutralisiert werden wird. Die Besetzung bis zur Verabreichung der Entschädigungen wird von den französischen und belgischen Truppen übernommen werden müssen. Es scheint, daß jedenfalls ein Abkommen über die Notwendigkeit, Frankreich die Ausbeutung des Saarreviers als Kompensation für die Schäden aller Art, die es erlitten hat, abzutreten, verwirklicht wurde. Der Rat wird es momentan für wichtiger, für die Art des Schadens zu entscheiden, den Deutschland bezahlen muß, als über die Gesamtsumme der Entschädigungen. Auf alle Fälle wird Deutschland nicht berechtigt sein, sich von allen seinen Schulden durch Lieferung von Rohprodukten und verarbeiteten Waren zu entlasten.

Die Verhandlungen in Spa.

Berlin, 3. April. Die Reichsregierung machte gestern Abend dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge den fraktionsführer der Nationalversammlung Mitteilung über den Stand der in Spa geführten Verhandlungen betr. die Truppenlandung in Danzig. Die „Voss. Ztg.“ meldet: Die Teilnehmer an den Verhandlungen in Spa haben den Eindruck, daß eine entscheidende Stufe nicht zu bestreiten ist, da anscheinend beide Teile Einigungen suchen. Die Mitteilungen der Reichsregierung sind von den fraktionsführern mit Zustimmung zur Kenntnis genommen worden.

B.Z. Berlin, 3. April. Die Stadt Danzig hat neuerdings eine Ausrüstung an die Deutsche Wehrmacht in Anspruch genommen, in welcher gegen die Landung polnischer Truppen in Danzig nochmals feierlich Einspruch erhoben wird. Am Schluß der einleitend begründeten Darstellung heißt es: Kein Schiff mit polnischen Truppen an Bord darf in den Danziger Hafen einlaufen. Möge die deutsche Regierung Danzig vor dem Schicksal der Stadt Posen bewahren können.

Kämpfe in Stuttgart.

Stuttgart, 3. April. Im Laufe des gestrigen Mittwochs ist es, nach dem amtlichen Bericht der Staatsregierung, im Vorort Dillheim und in Cannstatt zu Kämpfen gekommen. In Dillheim ist eine Patrouille von acht Mann überfallen worden. Ein Mann blieb mit durchschüttelter Kehle tot liegen, ein zweiter wurde durch Augenschuß sehr schwer verletzt. Sein Zustand ist hoffnungslos. Die weiteren sechs Leute sind schwerlich verwundet. In Cannstatt im Vorort Dillheim konnten sich die Spartakisten eines Lagers mit Handgranaten bemächtigen. Der Rest dieser Waffen hat in Cannstatt zu mehrfachen Kämpfen geführt. Eine Patrouille wurde dort angegriffen und deren Führer schwer verletzt, später auch ein Panzerautomobil, wobei es tote und Verwundete gab. Bei einer Schießerei am Abend 8 Uhr in der Langestraße in Stuttgart blieben zwei Mann tot. Die Stellung der Regierung ist nach wie vor unerschütterlich. Sie ist Herrin der Lage und wird mit fester Hand Ordnung schaffen. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde eine Anzahl Spartakistenführer in Haft genommen. Sämtliche Großkundgeber Truppen stehen treu zur Regierung. Man darf hoffen, daß am Freitag, 4. April, in einer Reihe von Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen wird. In diesem Falle könnte auch das Verkehrsnetz des Betriebes wieder aufgenommen. Im übrigen Lande sind Erfingen, Göttingen, Ludwigsburg, Ravensburg und Friedrichshafen vom Generalfreistreit erfasst, doch ist in diesen Städten eine nennenswerte Ruheherstellung gestern nicht vorgekommen.

W.Z. Stuttgart, 3. April. 4 Uhr nachm. Am 2. April abends gelang es den Spartakisten, sich in den Besitz des Artilleriewagenhauses in Unterlirchheim und des Wagenhauses in Wangen zu setzen. In der Nacht wurde das Artilleriewagenhaus durch Handreich ohne einen Schuß wieder genommen und dabei etwa 60 Spartakisten gefangen. Unterlirchheim und Wangen sind seit gestern in der Hand der Regierungstruppen. Am Abend des zweiten Tages führte ein Angriff der Spartakisten auf Patrouillen zu einigen Schüssen, bei denen zwei Zivilpersonen tödlich verletzt wurden. Die Regierung ist in Stuttgart und in allen Städten des Landes völlig Herrin der Lage. Die Wiederaufnahme der Arbeit beginnt in den verschiedenen Erwerbszweigen.

Zusammenbruch des Stuttgarter Generalfreistreiks.

Berlin, 3. April. (Privatmeldung.) Die württembergische Regierung hat nach einer Meldung der V. A. aus Stuttgart heute eine Kundgebung erlassen, worin gesagt wird, daß der Generalfreistreit plötzlich zusammengebrochen sei. Die Bevölkerung wird zum Abbruch des Bürgerstreiks und zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Gegen die Widerstreben sollen das Gesetz in aller Schärfe angewendet werden.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Berlin, 3. April. (Privatmeldung.) Der Aufstand im Ruhrgebiet dürfte im Verlauf des heutigen Tages noch an Umfang zunehmen, doch hat es auch heute den Anschein, daß

ein eigenlicher Generalfreistreit nicht zustande kommen wird. Das ist auch die Ansicht der Führer der Bergarbeiterverbände. Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet, die am 28. März noch 123 484 Tonnen betragen hat, ist um nahezu die Hälfte zurückgegangen. Genaue Zahlen über die letzten Tage liegen noch nicht vor. Im Ruhrgebiet selbst macht sich der Streik für die ganze Bevölkerung sowohl in Bezug auf Beleuchtung und öffentliche Verkehrsmittel bereits sehr unangenehm bemerkbar. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Delegierten der Bergarbeiter haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Berlin, 3. April. Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Duisburg: Die streikenden Bergarbeiter haben jetzt die Lebensmittelfrage neben der politischen zur Hauptforderung erhoben. Sie begehren die Zulassung der Regierung für die Arbeiter als zu niedrig. Die Bekanntgabe der Regierung: „Keine Lebensmittel für die Streikenden“ stellen sie die Forderung entgegen: „Keine Arbeitsaufnahme, bevor nicht die nötigen Lebensmittel angekommen sind.“ Auf Grund dieser Agitation gelang es den Streikführern, einen großen Teil der noch arbeitenden Belegschaften zum Eintritt in den Streik zu bewegen.

Essen a. d. R., 4. April. Die Straßenbahnen konnten nach 2 1/2stündiger Unterbrechung gestern den Betrieb wieder aufnehmen, nachdem die Forderung der Kriegsbeschädigten auf freie Fahrt angenommen worden war.

Essen a. d. R., 3. April. Die Gesamtzahl der Auswärtigen belief sich in der heutigen Frühsticht auf 131 000 Mann. Die Bergarbeiter der Ruhr werden heute mit 7 1/2 Stunden Schicht wieder aufgenommen und die Regelung der Schichtverteilung der Regierung zu überlassen.

Die Ernährung der Industriegebiete.

Darmstadt, 3. April. (W.Z.) Der aus Arbeitern der hiesigen größeren Werke zusammengesetzten Arbeiterkommission, die dem Ernährungsminister Schmidt in Berlin die traurige Ernährungslage im Industriegebiet vorgetragen hat, sind folgende Zusicherungen gemacht worden: Die bisherigen Rationen bleiben bestehen. Außerdem werden von den durch das Brüsseler Abkommen gelieferten Lebensmitteln pro Woche und Kopf 125 Gramm Speck und 50 Gramm Fett geliefert. Voraussetzung für die Verbesserung ist, daß in den zu beliefernden Gebieten gearbeitet wird.

Berlin, 3. April. Im Ruhrgebiet trafen gestern, wie berichtet wird, die ersten Lebensmittellieferungen ein, und es werden von jetzt ab den für den Vorkriegszeit recht erhebliche Mengen zugeführt. Es bestätigt sich, daß hauptsächlich die sehr schlechten Ernährungsbedingungen das Anwachsen der Streitbewegung begünstigt hat.

Wie der „Vorwärts“ von zuverlässiger Seite erfährt, werden die vom Auslande anrollenden Lebensmittel schon in der nächsten Zeit ermöglicht, für die Industriegebiete und die Städte mit mehr als 50 000 Einwohner Zulieferungen auszugeben. Mit der Verteilung wird vermutlich Mitte April begonnen werden können.

Ungarn.

Budapest, 3. April. (W. Z.) Nach einer Meldung des ungarischen Agrarministeriums ist eine Verordnung des revolutionären regierenden Rates über die Wahl der Arbeiter, Soldaten und Bauernräte. Die Diktatur des ungarischen Proletariats wird von der Landesversammlung der Räte zusammen mit den lokalen Arbeiter, Soldaten- und Bauernräten ausgeübt. Weder aktives noch passives Wahlrecht besitzen diejenigen, die zur Erweiterung eines Gewinnes Lohnarbeiter beschäftigen, aus Einkünften ohne Arbeit leben, Kaufleute, Priester, Mönche, Besitzstranten, unter Kuratel stehende, schließlich Personen, deren politische Rechte wegen gemeiner Verbrechen aufgehoben sind.

Zum Aufstand in Ägypten.

London, 4. April. Reuters meldet aus Kairo: General Allenby ist angekommen und hat in aller Form das Amt eines Spezialhigh Commissioner angetreten. Der Bericht vom 25. März sagt, daß alle Eisenbahnen zwischen Kairo und Alexandria und den Kanalschiffen wieder frei sind. Am 21. März griff der Rebel einen Teil der Stadt Fort Said an. 23 Personen wurden dabei von den Truppen getötet. Der Aufstand ist beendet. In der nördlichen Provinz wurde ein Eisenbahnzug vom Rebel angegriffen und geplündert. Die Truppen feuerten, wobei 100 Personen getötet wurden.

Zur Erhöhung der Rohisenpreise.

Berlin, 3. April. Antik. Die in den letzten Tagen in der Tagespresse veröffentlichten Nachrichten über die vom Rohisenverband in Essen beschlossene erhebliche Steigerung des Rohisens erwecken den Eindruck, als seien die bei den Verhandlungen zugegenen Vertreter der Reichsbehörden mit der Preis-erhöhung einverstanden gewesen. Es wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß eine solche Auffassung unzutreffend ist. Die Vertreter der Reichsbehörden haben vielmehr ausdrücklich die Verigerung der Beschlußfassung über die Preis-erhöhung beantragt, sind aber mit ihrem Antrag nicht durchgedrungen. Infolgedessen haben sie von der Preis-erhöhung Kenntnis genommen und sich weitere Schritte der Regierung vorbehalten. Wenn auch den meisten der von den Beschäftigten vorgebrachte Gründe für eine Preis-erhöhung die Berechtigung nicht versagt werden konnte. Eine Entscheidung der Reichsregierung ist aber noch zu erwarten.

Frankreich kündigt willkürlich die Gefährdung der Kriegsgefangenen.

Berlin, 1. April. Verschiedene aus französischen Kriegsgefangenenlagern nach Deutschland gelangende Nachrichten betonen übereinstimmend, daß die französische Regierung bei der Befolgung der Kriegsgefangenen Konventionen nicht mehr den bisher seit dem 1. Februar 118 vereinbarten Satz von 140 Franken ausbezahlt will, vielmehr seit Beginn dieses Jahres zu den alten Gehaltsätzen von 128 bezug. nach sechs-jähriger Dienstzeit von 135 Fr.

zurückgeführt ist. In dieser Handlungsweise ist eine neue Willkür der französischen Regierung zu erblicken, die die Offiziere in französischer Gefangenschaft um so härter trifft, als bereits die erhöhte Besoldung von 140 Fr. kaum für das Auskommen der Offiziere ausreichen konnte. Ebenso hat die für die Offizierstellvertreter und ähnliche vereinbarte Besoldung von 80 Fr. monatlich vom 1. Januar 1919 ab aufgehört. Auch diese Dienstgrade werden durch die französische Maßnahme sehr hart getroffen.

Weitere Meldungen siehe letzte Nachrichten.

Blockade und Weltkapitalismus.

Karlsruhe, 4. April.

Die schönen Redensarten von der Menschlichkeit, die man über den Krieg aus dem Munde französischer und englischer Annekzionisten hören konnte und deren Betonung jeweils im umgekehrten Verhältnis zu ihrer militärischen Lage stand, sind verstummt. Heute haben sie die schöne Lare von Gesicht genommen: das ungezügelmte Antlitz des brutalen Kapitalismus blickt hervor. Nur über eine Seite ihrer Haltung Deutschlands gegenüber glauben sie noch ein ignoranten Tüchlein hängen zu müssen: und das ist die Aufrechterhaltung der Blockade. Selbstverständlich glaubt drüben kein vernünftiger Mensch an das Regieremärchen der Entente, daß die Blockade nötig sei, um Deutschland wieder aufstrebende Macht niederzuhalten. Sie wissen drüben so gut wie wir, daß bei uns niemand dran denkt, den Krieg gegen die Entente wieder aufzunehmen. Was aber sind nun die wahren Gründe in der hartnäckigen Aufrechterhaltung der Blockade? Der eine ist oder war die völlige Kernirrtum Deutschland, die gesundheitliche Schädigung des deutschen Volkes auf Jahrzehnte hinaus. Hat doch ein englischer Arzt gesagt, durch den Aus Hungers-erregt werde erst der Name „englische Krankheit“ für Deutschland zu einer großen, auf Jahrzehnte hinaus wirklichen Zukunft muß an der „englischen Krankheit“ hinführen. Ad majorem gloriam, zum höheren Ruhme des englischen Kapitalismus! Man war ja in England nie verlegen in der Anwendung der Aushungerung zu kapitalistischen und politischen Mitteln: siehe Indien und Burenkrieg.

Der zweite Grund aber ist lediglich weltkapitalistischer Natur und liegt in folgendem begründet. Die Lebensmittellage in Europa ist eine Folge des Transportmangel während des Krieges. Getreide war auf der Welt stets genug vorhanden. Viele Millionen Tonnen sind in Uebersee, besonders in Australien, verdorben. Auf der anderen Seite trieben die Preise für Seefrachten die Getreidepreise so in die Höhe, daß in den kriegführenden Ententestaaten, besonders England, Frankreich, Italien, auch in Amerika der Staat, um die Agrarier zum Anbau zu reizen, bestimmte hohe Preise zu garantieren. Diese Garantie erstreckt sich auch noch auf das Jahr 1919. Die Folge davon war, daß in Amerika der Anbau von Weizen rapid stetig auf Kosten der Baumwolle, jedoch wir heute tatsächlich auf der ganzen Welt ein Ueberangebot auf Getreide haben. Dieses Ueberangebot beginnt nun auf die Preise zu drücken, und im Vorteil sind natürlich diejenigen Staaten wie etwa Argentinien, die keine staatlichen Höchstpreise haben. Sie können, da der Frachtpreis bereits auf ein Viertel des Kriegspreises zurückgegangen ist, bedeutend billiger ausführen wie die Ententestaaten; heinabe um die Hälfte.

Was ist nun die Folge davon? Die Großkapitalisten der Entente, die somit in das „freie Spiel der Kräfte“ betonen, rufen nun nach behördlicher Regelung; der Weizen darf nur vom Staat zum festgesetzten Preis übernommen werden. Es muß also, nach Ansicht des Weltkapitalismus, unter allen Umständen vermieden werden, daß die große Ueberflut vorhandenen Weizens frei in die verschiedenen Länder ausgeführt werden kann. Andernfalls kommen gewaltige Preisstürze und der Profit des Großkapitalismus ist dahin. Das würde, wie Dr. Paul Lenich in der „Glocke“ berechnet, allein für Amerika den Verlust einer Milliarde Dollar verursachen. Das gleiche gilt für England, Frankreich und Italien.

Es ist also der gefährdete Kapitalprofit, der uns die Hungerblockade aufzwängt. Was ist es den Börsenmenschen in London und New York, ob hunderttausende von deutschen Kindern hinfieren; wenn nur ihre Papiere gut stehen. Wir erleben hier nochmals die ganze Unmenschlichkeit des Kapitalismus, und es ist fast wie eine persönliche Sache dieses unerbittlichen Ungewürs, daß es gerade das den Kapitalismus überwindende Deutschland ist, das am meisten darunter leiden muß! Und es ist ebenso ein merkwürdiges Spiel der Fronte der Geschäfte: während man ursprünglich glaubte, man müsse den „Kriegssozialismus“ auch nach dem Krieg aufrechterhalten, damit die Preise nicht allzu hoch steigen, ist jetzt das umgekehrte der Fall: der Weltkapitalismus des „Völkerbunds“ von Entente-Gnaden läßt die Preise vor, damit sie nicht — fallen! Und so sehen wir hier im großen, was wir im kleinen schon längst wissen — während die einen nicht wissen, mobil sie mit ihrem Ueberfluß sollen, haben die anderen nicht das tägliche Brot. Während die einen darben und hungern, werden diese anderen mit überflüssigen Lebensmitteln überhäuft. Der Vater aller dieser Erscheinungen, der Kapitalismus, triumphiert fast lächelnd, auch bei uns immer noch in Deutschland. Wie lange noch will die Welt das mitansehen? Wie lange noch?

... Aber ach, das Volk drüben wird eben genau so betrogen und belogen, wie wir es werden. Wann kommt denn die Götendämmerung? R. G. G.

Badische Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung der badischen Nationalversammlung wurde an Stelle des als Vizepräsident ausgeschiedenen Ministers Kemmels Abgeordneter Genosse Maier-Heidelberg als Vizepräsident gewählt. Admann wurden verschiedene Petitionen behandelt. Nach einer kurzen Unterbrechung legte die Regierung eine Kreditvorlage im Betrage von 200 Millionen Mark zur Vornahme dringender Notstandsarbeiten vor, die einstimmige Annahme fand. Hierauf vertagte sich das Haus, um heute den Gesetzentwurf zur Feier des 1. Mai zu behandeln.

19. öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruhe, 3. April.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 9.25 Uhr. Im Eingang befindet sich ein Antrag zu einem Gesetzentwurf für ein Landwirtschaftsgesetz.

Präsident Kopf teilt mit, daß auf Grund der Akten als Nachfolger des ausgeschiedenen Abgeordneten Haas (Dem.) der Bundesratsmitglied Käßlin (Dem.) aus Baden-Baden als Mitglied in die badische Nationalversammlung eintritt.

An Stelle des als 1. Vizepräsident ausgeschiedenen Abgeordneten Kemmels (Soz.) wird der Abgeordnete Maier-Heidelberg (Soz.) durch Kurus als 1. Vizepräsident gewählt.

Da verschiedene der auf der Tagesordnung stehenden Gesetzentwürfe noch in der Kommission behandelt werden müssen, wird als erster Punkt die Eingabe des A. Rofej, Kreisprekursor in Mannheim, in Betreff der Einfuhr von Futtermitteln behandelt. Hierüber berichtet namens der Kommission

Abg. Gerbster (Dem.), der aus der Eingabe mitteilt, daß sich die Firma bedauere, daß sie nicht 10.000 Kilo Mele einführen kann. Die Firma wünscht Freigabe des Handels. Der Preis der Firma ist viel zu hoch und man kann den Rohstoffen nicht zumuten, den hohen Preis der Firma zu zahlen. Alle diese Fragen werden im Benehmen mit dem Ernährungsbeirat geprüft. Angefahrene der hohen Preise der Firma beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung. — Der Antrag wird angenommen.

Abg. Senbert (Str.) berichtet über den Vorschlag des Vertreters Schulz vom Lebensmittelamt Eßlingen durch Einfuhr von Lebensmitteln aus der Schweiz die Not zu mildern, wobei die Preise in drei Klassen nach dem Einkommen zu stellen wären. Die Einteilung in drei Klassen würde nach Ansicht der Regierung eine außerordentliche Geschäftsbelastung der Kommunalverwaltung und eine große Ungerechtigkeit bringen. Dazu kommt, daß in den großen Städten 90 Prozent zur minderbemittelten Bevölkerung gehören, so daß der Vorschlag nicht lösend wirkt. Auch kommt der schlechte Stand der Valuta hinzu. Der Haushaltsausschuß schloß sich der Ansicht der Regierung an und empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Böhm (Soz.): Es ist den sozialdemokratischen Vertretern der Kommission sehr schwer gefallen, sich dem Kommissionsantrag anzuschließen. Denn die Ansicht des Vertreters ist eine gute. Doch ist die Durchführung zu schwer, so daß man zum Beschluß der Kommission kam.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen.

Abg. Dr. Lefter (Dem.) berichtet über die Petition des deutschen Technikerverbandes um Stärkung des Einflusses der Techniker in der Verwaltung. Die Kommission beantragt die Petition als erledigt zu erklären, da durch die Bestimmung auf Befassung der Verwaltungen und Wählbaren für alle Beamtenstellen die Wünsche zur Berücksichtigung kommen. Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Abg. Heide (D. Nat.) begründet seine Interpellation um Unterbau der hohen Schefflersteige zwischen Adelsheim und Mittelschellen.

Minister Rüdert teilt mit, daß im Nachtrag zum Voranschlag Mittel hierzu aufgenommen sind. Die Vorarbeiten sind bereits durchgeführt, so daß demnächst die Profilierung vorgenommen wird und dann mit den Erdarbeiten begonnen werden kann.

Präsident Kopf teilt mit, daß noch ein zu bewilligender dringender Kredit in der Kommission zu beraten ist, weshalb sich das Haus um 10 Uhr auf 11½ Uhr vertagt.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 11.30 Uhr berichtet über den Budgetnachtrag

Abg. Götting (Dem.) namens der Kommission. Der vorliegende Gesetzentwurf hat zum Inhalt: Die Staatsgüldenverwaltung wird ermächtigt, für den Bedarf der Eisenbahnverwaltung 1918/19 für Rechnung der Eisenbahnidentifizierungskasse noch weitere 200 Millionen

zur Deckung von Staatsbedürfnissen aufzunehmen, um die im 3. Nachtragsetal verlangten Mittel für Notstandsarbeiten usw. zu erhalten, wobei gleichzeitig die Genehmigung nachgefordert wird, die Arbeiten gleich in Angriff zu nehmen. Ohne in Einzelheiten einzugehen, erscheint es zweckmäßig, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Das verlassene Dorf.

Manon aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Thieme.

(Nachdruck verboten.)

Margarete wäre am liebsten sofort weiter gereist, ihr Herz zog sie zur Mutter des geliebten Gatten, sie erklärte auch, alle Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten gern überwinden zu wollen. Doch Lars schüttelte bedächtig seinen dicken Schädel.

„Ihr kennt das Land nicht, Madame, sonst würdet Ihr die Vorkehrungsregeln des Herrn Hauptmanns verstehen. Es ist ja auch so gut, vor allem lernt Ihr indessen unsere Sprache ein wenig und tretet so Eurer Schwiegerin nicht so fremd gegenüber, als es jetzt der Fall wäre.“

So trat man in Schloß Lindarström ein, und Margarete wurde von Frau Sture, die mit ihrem Manne in einem dicht beim Schlosse erbauten besonderen Wirtschaftsbau wohnte, aufs liebenswürdigste empfangen. Lars mußte freilich dolmetschen, da beide kein Wort Deutsch verstanden, aber auch so kam bald ein recht vertrauliches Verhältnis zustande.

Margarete fragte, ob Herr Sture mit der Familie ihres Mannes verwandt sei.

„Nein, aber auf bekannt“, lautete der Bescheid.

„So ferne er also auch die Mutter?“

„O, sehr gut.“

„Ist eine gute Frau?“

„Ja, eine sehr gebildete und liebevolle Dame, die der jungen Frau, falls diese ihr Vertrauen und ihre Liebe gewönne, alle Bütlichkeit einer Mutter beweisen würde.“

Margarete und auch ihre Dienerin kühlten sich schon nach wenigen Tagen außerordentlich wohl in dem reizenden Weiserhofe, besonders Suzanne, welcher Lars unterwegs in unverfennbarster Weise seine Guldbigungen dargebracht hatte. Lars begleitete Margarete auf ihren Spaziergängen in die Wälder — natürlich war überall auch Suzanne zugegen —, er ruderte sie im Rahn über die Seen und Flüsse, die alle so wunderbar miteinander verbunden waren, daß man von einem in den anderen gelangen konnte. Margarete bekam es jedoch schnell satt, müßig ihrem Vermögen zu leben, sie fing an, sich ihren

Wünschen nichtig zu machen, indem sie erklärte, daß ihr Mann, wie er ihr erzählt, selber ein Gut habe und ihr daher das Erlernte zugute kommen werde.

Auf einem Spaziergange durch den Park des Schlosses kam ihnen eines Morgens eine ältere Dame in vornehmer Kleidung und Haltung entgegen.

„Das ist die Frau Gräfin Lindarström“, räumte Lars Margarete zu.

Die junge Frau wollte ehrerbietig grüßend vorbeiziehen, aber die Gräfin hielt stehen und rief sie zu sich heran. Indem sie ihr freundlich die Hand bot, sagte sie: „Ich habe schon von Eurer Anwesenheit gehört, Frau — wie nennt Ihr Euch?“

unterbrach sie sich ein wenig vorlegen.

„Lasson — mein Mann ist der Hauptmann Lasson.“

„Ganz recht, Frau Sture erzählt mir davon. Gefällt es Euch hier in unserem Lande?“

Margarete erwiderte, sie lerne hier zum ersten Male den Frieden kennen und fühle sich wunderbar selig. „Ich werde ganz glücklich sein, wenn mein Gatte aus dem Kriege wieder unverwundet zurückkehrt ist.“

„Ihr seht ihn wohl sehr, Euren Gatten?“

Margarete wurde noch röter und senkte das Köpfchen.

„Ihr sollt Euch auf wunderbare Weise zusammengerunden haben“, bemerkte lächelnd die Gräfin, die etwas abgedunkelt, aber ganz verständliches Deutsch sprach. „Wollt Ihr mir die Geschichte erzählen?“

Sie nahm freundlich Margaretes Arm und beide wanderten, indes Lars und Suzanne — und nicht unweir — zurückblieben, durch die schöngeplanten Gänge des Parks. Margarete erzählte erst schüchtern und flüchtig, bald aber ward sie zuversichtlicher und berichtete von dem unglücklichen Kriege und seinen Schrecken, von dem entsetzlichen Schicksal ihrer Familie, von ihren eigenen Leiden und ihrem Zusammenstößen mit dem unwürdigen Offizier und wie beide sich vermählt und in dem verlassenen Dorfe gelobt hatten. Die Gräfin hörte aufmerksam und, wie es schien, tief ergriffen zu. Mehrere Male hieß sie stehen und blickte Margarete aufmerksam an oder drückte ihr schweigend die Hand. Zuletzt sagte sie:

Wandatsniederlegung des Abgeordneten Dr. Dieh.

Der Abgeordnete Dr. Dieh hat sein Mandat zu der verfassunggebenden badischen Nationalversammlung niedergelegt, nachdem die Verfassung in zweiter Lesung von der Nationalversammlung angenommen ist und damit die Arbeiten des Verfassungsausschusses, als dessen Vorsitzender er in hervorragender Weise tätig war, einen Abschluß gefunden haben. Dr. Dieh wird als Parteigenosse aber auch weiterhin der Fraktion und der Partei bei der Inangriffnahme der großen Zukunftsaufgaben, insbesondere der Sozialisierung, mit Rat und Tat zur Seite stehen. Er bleibt auch Mitglied des Karlsruhe Stadtrats.

Die Fraktion und mit ihr alle Parteigenossen des Landes werden die Mandatsniederlegung des Genossen Dr. Dieh aufrichtig bedauern. Genosse Dr. Dieh hat sich um die Schaffung der Verfassung für die Republik Baden bleibende Verdienste erworben. Es ist aber eine Vergeltung für die Partei, daß auch in Zukunft die wertvolle Kraft des Genossen Dr. Dieh der Arbeit für die Partei und für das Land erhalten bleibt.

Ein Nachtrag zum Staatsvoranschlag.

Der Nationalversammlung ist ein dritter Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Jahre 1918 und 1919 zugegangen. Es werden darin angefordert 14.827.000 Mk., die neuen Einnahmen sollen 277.000 Mk. betragen. Die Aufwendungen werden gemacht für den Eisenbahnbetrieb und den Eisenbahnbau. Gefordert werden u. a. die zweite Teilforderung für die Bahn Neckarstettin-Schönbau 500.000 Mk., die erste Teilforderung für die Bahn Linsheim-Ruhheim 600.000 Mk., als zweite Teilforderung für die Bahn Bretten-Karlsruhe 400.000 Mk., als 7. Teilforderung für die Bahn Weidenbach-Landessgrenze 700.000 Mk., als 2. Teilforderung für die Fortführung der Neckartalbahn von Oppenau bis Griesbach 500.000 Mk., als dritte Teilforderung für die Bahn Löffel-

St. Klaffen 1.500.000 Mk., die zweite Teilforderung für die Verlegung der Odenwaldbahn oberhalb Heidelberg-Karlsruhe mit 100.000 Mk. Für die Beschaffung von Kraftwagen und Einrichtung von Kraftwagenlinien werden 1.100.000 Mk. gefordert. Die Einnahmen sollen 270.000 Mk. betragen und aus Zuschüssen des Reichs und der Gemeinden zu den Kostenbeiträgen zu künftigen Verleistungen herrühren.

Partikularismus in Bayern.

1. r. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des bayerischen Landtags hat dieser Tage eine Sitzung abgehalten, um einen Bericht des bayerischen Gesandten Dr. Preger über die Rechte Bayerns in der neuen Reichsverfassung entgegen zu nehmen. Von Dr. Preger, der schon bisher in Weimar in echt partikularem Sinne und von der großen politischen Umwälzung unberührt, aufgetreten ist, konnte auch bei dieser Sitzung nichts anderes als eine rein partikularistische Stellungnahme erwartet werden. Den gleichen engberzigen Standpunkt nahmen die Vertreter des bayerischen Zentrums ein. Auch die Demokraten, ja selbst die bayerischen Sozialdemokraten, können sich von der alten, durch die Monarchie geschaffenen Geisteshaltung immer noch nicht frei machen. Es war lediglich der neue Ministerialpräsident Hoffmann, der weiterschauend am schärfsten den Reichsgedanken unterstrich. In der Ausübung bedauerten einige Redner, daß die Haltung Bayerns von den anderen deutschen Bundesstaaten nicht geteilt wurde.

Wer die Verhältnisse, wie sie sich in den letzten Wochen entwickelt haben, genau kennt, wird es durchaus verständlich finden, wenn Württemberg, aber auch Baden die bayerische Politik nicht unterstützte. Wer immer und immer wieder, selbst in einer so gewaltigen Umwälzung, nur seine vermeintlichen Interessen ohne Rücksicht auf den Gesamtbau des Reiches vertritt, der kann nicht erwarten, daß sich ihm Bundesgenossen anschließen. Württemberg und Baden haben bei allen großen Fragen sich mit den anderen Gliedern des Reiches auf den Standpunkt gestellt, daß nur in einem starken Reich auch die einzelnen Bundesstaaten stark und lebensfähig gehalten werden können. Wenn diese Auffassung schon im allgemeinen zutrifft, dann vor allen Dingen auch auf Bayern, das in wirtschaftlicher Hinsicht besonders im Hinblick auf seine Verkehrsverhältnisse, ungünstiger gelegen ist, als wohl der größte Teil der anderen Gliedstaaten.

Im genannten Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wurde besonders gegen eine sofortige zwangsweise Enteignung der bayerischen Staatsbahn protestiert. Insbesondere hat sich der bayerische Verkehrsminister v. Frauendorfer energig dagegen gewendet. Diese Protestation ist in allen ihren Teilen durchaus berechtigt. Der Entwurf einer neuen Reichsverfassung sieht im § 80 ausdrücklich die Uebernahme der Eisenbahnen im Wege des Vertrags gegen Entschädigung vor. Wie man daher von Enteignung sprechen kann, ist unverständlich. Auch die anderen Gliedstaaten mit Eisenbahnbesitz wollen ihre Eisenbahnen nicht von heute auf morgen und ohne weiteres hergeben, sondern auf dem Wege der Verhandlung und gegen Entschädigung. Das Reich hat bisher gegenüber den Gliedstaaten keine Gewaltpolitik angewendet.

Von den Gliedstaaten aber ist zu erwarten und das gilt in besonderem Maße von Bayern, daß sie in jeder Weise den Bedürfnissen der neuen Zeit Rechnung tragen und dem Reich geben, was dieses braucht, um nach der furchtbaren Niederlage die deutsche Wirtschaft im Interesse aller und daher auch seiner Glieder wieder aufzurichten.

Bewerkschaftliches.

Der Deutsche Techniker-Verein hat in seiner Gesamtsitzung am 29. und 30. März in Charlottenburg zu der Frage der Verfassung mit dem Bund der technisch-industriellen Beamten zu einer Einheitsorganisation der deutschen Techniker Stellung genommen und die von der Verfassungsausschusskommission beider Verbände aufgestellten Richtlinien grundsätzlich gutgeheißen. Besondere Nachdruck wurde auf die strengste parteipolitische Neutralität der Einheitsorganisation gelegt, da nur so die Einheitskraft der Technikerbewegung gewahrt werden kann. Wenngleich ein enges Zusammenarbeiten mit den Arbeitergewerkschaften für dringende parteipolitische Orientierung an dem Grundgedanken der Neutralität allen Richtungen gegenüber festgehalten werden. Die Ge-

„Rebes Kind. Ihr habt eine Schule des Leidens durchlebt wie selten ein Mensch. Auch ich habe manches Schwere durchgemacht, vor allem hat der frühe Tod meines Gemahls mich vor zehn Jahren hart getroffen — ich werde mich wohl nie wieder ganz von diesem Schicksal erholen. Ich verbringe meine Tage einsam und still, wenn Ihr mir manchmal eine Stunde Eurer Zeit widmen wollt, werde ich es dankbar anerkennen.“

Margarete nickte und erwiderte bescheiden: „Schöne Frau Gräfin, es wird mir eine Ehre und Freude sein.“

Schon am Abend ließ die Gräfin die junge Frau zu sich bitten. Sie mußte das Abendbrot mit ihr einnehmen und unzählige Fragen der alten Dame nach ihrer Heimat, dem Kriegesleben und ihren eigenen Erlebnissen beantworten. In wenigen Tagen entstand ein freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden, Margarete sah die Freude und Vertrauen zu der Gräfin und gab sich freimütig und aufrichtig, wie es ihrem Charakter eigen war.

„Schade, daß Ihr nicht für immer hier weilt“, bemerkte die Gräfin mehrmals. „Ich bin seit einigen Monaten ohne Gesellschaft, nachdem die letzte, die ich bei mir hatte, mich schändlich betrogen und bestohlen hat. Ich habe Euch lieb gewonnen und würde mich freuen, Euch hier immer bei mir zu sehen.“

Margarete verneigte sich dankbar und sagte, auch sie hätte sich zur Frau Gräfin immer mehr hingezogen. Sie empfand innige Dankbarkeit für die große Güte, mit welcher sie von ihr behandelt worden sei.

So verließen mehrere Wochen in ungetrübter Harmonie. Es war jetzt schon so weit, daß die Gräfin ohne Margarete gar nicht mehr leben mochte, und als sie an einem rheumatischen, äußerst schmerzhaften Anfall erkrankte, war es ganz natürlich, daß die junge Frau ihre Pflegerin wurde. Und so liebte sie und aufmerksam zeigte sie sich am Krankenbette, daß die alte Dame sie eines Tages gerührt umarmte, ihr einen Kuss auf die Wangen drückte und in dieser Bewegung ausrief: „Wenn Ihr Euren Gatten auch so treu und aufopfernd gepflegt hättet, so wüßte ich kein Wunder, daß er Euch kein Herz geschenkt hat. Er konnte nicht anders, als Euch lieben!“

(Fortsetzung folgt.)

verantwortlich für den Inhalt der Artikel sind die Verfasser. Der Verlag übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der Angaben. Die Redaktion ist nicht für die Meinungen der Verfasser verantwortlich.

Der Reichstag hat die Reichsverfassung angenommen. Die Reichsverfassung ist das Grundgesetz des Deutschen Reiches. Sie regelt die Organisation der Staatsgewalt und die Rechte der Bürger.

Die Reichsverfassung ist ein Werk der Weimarer Nationalversammlung. Sie ist das Ergebnis langer Verhandlungen und Kämpfe. Sie ist ein Zeugnis für die Einheit und die Freiheit des Deutschen Reiches.

Die Reichsverfassung ist ein Werk der Weimarer Nationalversammlung. Sie ist das Ergebnis langer Verhandlungen und Kämpfe. Sie ist ein Zeugnis für die Einheit und die Freiheit des Deutschen Reiches.

Die Reichsverfassung ist ein Werk der Weimarer Nationalversammlung. Sie ist das Ergebnis langer Verhandlungen und Kämpfe. Sie ist ein Zeugnis für die Einheit und die Freiheit des Deutschen Reiches.

Die Reichsverfassung ist ein Werk der Weimarer Nationalversammlung. Sie ist das Ergebnis langer Verhandlungen und Kämpfe. Sie ist ein Zeugnis für die Einheit und die Freiheit des Deutschen Reiches.

Die Reichsverfassung ist ein Werk der Weimarer Nationalversammlung. Sie ist das Ergebnis langer Verhandlungen und Kämpfe. Sie ist ein Zeugnis für die Einheit und die Freiheit des Deutschen Reiches.

Die Reichsverfassung ist ein Werk der Weimarer Nationalversammlung. Sie ist das Ergebnis langer Verhandlungen und Kämpfe. Sie ist ein Zeugnis für die Einheit und die Freiheit des Deutschen Reiches.

Die Reichsverfassung ist ein Werk der Weimarer Nationalversammlung. Sie ist das Ergebnis langer Verhandlungen und Kämpfe. Sie ist ein Zeugnis für die Einheit und die Freiheit des Deutschen Reiches.

Essgenstein, 30. März. In einer gutbesuchten von Bürgermeister Red geleiteten Versammlung sprach Anseffor Deh über Maßnahmen gegen die Wohnungsnot. An den Vortrag schloß sich eine rege Debatte über Gegenwartstragen an. Man beschloß die Gründung einer Baugenossenschaft und bildete zu diesem Zweck einen Ausschuß.

Aus der Partei.

r. Zurlach, 3. April. Auf die morgen Abend den 5. April im Gasthaus zum „Lamm“ stattfindende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins sei an dieser Stelle nochmals ganz besonders aufmerksam gemacht; die Parteigenossen und Genossinnen werden aufgefordert, vollständig zu erscheinen.

s. Mantsch, 2. April. Nächsten Sonntag nachmittags um 3 Uhr findet im „Lamm“ eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins statt, der eine wichtige Tagesordnung vorliegt; es soll zu den kommenden Gemeinderatswahlen Stellung genommen werden. Das Erscheinen aller Genossen ist daher dringend vonnöten.

r. Langenlebach, 4. April. Die auf letzten Samstag angelegte Versammlung des Soz. Vereins konnte der Einquartierung halber nicht stattfinden. Die Versammlung findet nunmehr am Sonntag, den 5. April, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur „Egge“ statt. Die Mitglieder, sowie die Leiter der Parteipresse, werden ersucht, der Wichtigkeit halber, vollständig zu erscheinen.

Sozialistische Beamten und Lehrer. Kommen den Sonntag 1/2 Uhr nachmittags findet in Bruchsal im „Weißen Saal“ des Kaiserhofes (zunächst dem Bahnhof) eine Versammlung statt. Genosse Ehrenreich, Vorsitzender, bespricht über: „Die Ziele der sozialistischen Beamten und Lehrer.“ Die Karlsruher Genossen, die an der Versammlung teilnehmen wollen, was sehr erwünscht wäre, fahren in Karlsruhe 3.10 Uhr ab.

m. Unterwiesheim, 2. April. Samstag, 3. April, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Süden“ eine Mitgliederversammlung der Sozialdem. Partei statt. Mitglieder und Freunde unserer Sache sind hierzu eingeladen und werden um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Wärmersheim, 3. April. Sonntag, 6. April, nachmittags 2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Schiff“ eine Wahlvereins-Versammlung statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht der Genossen sowie der Leiter der Parteipresse, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

k. Mülch, 2. April. Sonntag, den 6. April, nachmittags 1 Uhr, findet im „Lamm“ eine Mitgliederversammlung statt. Wir erlauben die Mitglieder, vollständig zu erscheinen, da wichtige Beschlüsse zu fassen sind. Leiter der Parteipresse und solche, die Mitglied werden wollen sind freundlichst eingeladen.

k. Kauenberstein, 3. April. Sonntag, den 5. April, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Mühl“ eine Parteiversammlung statt. Genosse Dehler aus Baden wird über die Gemeinderatswahlen sprechen. Wegen Wichtigkeit der Sache ist es Pflicht eines jeden Genossen, für guten Besuch zu sorgen.

e. Mielbach, 2. April. Nächsten Sonntag, 6. April, um 1/2 Uhr nachm., findet in der „Blume“ eine Parteiversammlung statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Genossen, pünktlich zu erscheinen. Leiter der Parteipresse willkommen.

i. Oberkirch, 2. April. Genosse Parteisekretär Meier-Freudburg spricht am Sonntag abends 8 Uhr im „Rad. Hof“ über das Thema: „Das Erfurter Programm.“ Da der Vortrag für alle Genossen von Interesse ist, so ist vollständiges Erscheinen dringend erwünscht. — Weiter dene zur Nachricht, daß die „Volk-Freund“-Kritik in die Hände des Gen. Fouderau übergegangen ist und können bei diesen Bestellungen gemacht werden.

Kommunalpolitik.

z. Offenburg, 1. April. Der Bürgerausschuß hatte sich in der gestrigen Sitzung mit der Gewährung von Kriegsteuerzulagen an die städtischen Beamten, Lehrer und Lehrerinnen und die städtischen Arbeiter zu befassen. Die Vorlage entsprach den Wünschen der bürgerlichen Sachverständigen und wurde einstimmig genehmigt. — Ebenfalls wurde die einmalige Zulage mit 500 Mk. für etatmäßige Beamte, für vollbeschäftigte nicht etatmäßige Beamte und Arbeiter genehmigt. Die ausstillweise angestellten Beamten erhalten die Steuerzulage, wenn sie mindestens einen Monat in städtischen Diensten stehen. — Eine weitere Vorlage befaßte sich mit den Postkonditionen. Diese erhalten nach der neuen Bestimmung 8 Mk. für verheiratete Arbeiter und 7,50 Mk. für ledige, außerdem 70 Pf. Zulage für jedes Kind. Diese Sätze entsprechen den Wünschen ihrer Organisation. Ein Mitglied verlangte für die ausstillweise angestellten Beamten die monatliche Zulage von 60 Mk., wie für die fest angestellten Beamten, was aber auf Anraten des Oberbürgermeisters den Antrag zurück-

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Abendmusik in der Hofkirche. Mit einem tiefen, lang anhaltenden Totenstöhnen hat ein zahlreiches Publikum das Konzert des Kirchenorgans der Hofkirche unter Leitung des Reinhold Poppen am Samstag verlassen. Ein mit kultiviertem Kunstgeschmack ausgeprägtes Programm brachte Darbietungen der geistlichen Musik alter und neuer Zeit, von Palestrina bis Meyer. Wie gewöhnlich und erfreulich haben die alten Meister ihre Vorträge geschrieben. Es ist wieder Kunst des Sachverständigen bei soviel Klarheit und erhabener Ausdruckskraft in diesem „Sanctus“ von Caldara, in diesem Sicut servus von Palestrina, ebenso wie in der „Benedictus“ von Frescobaldi. Von da bis zu Brahms ist geistlich ein weiter Sprung. Man konnte ihn ohne allzu große Schwierigkeiten der Stimmungsumspinnung machen, weil leicht zugänglichster Brahms geboten wurde. Die vier ersten Gesänge sind mit das Beste, was Brahms, der sonst so Ehrwürdige, fertig gebracht hat. Lieber von klar strömender Melodie. Für eine Altstimme sind die allerdings nicht geschrieben, sondern für einen Bassisten, und in tief empfunden Frau Goldschmidt diese vier Lieder lang mit ihrer schönen, gut durchgebildeten Stimme, das marke Pathos des „O Tod, wie bitter bist du“, die tragische resignierende Ausdruckskraft des „Da laßt ich die Toten, die schon gestorben waren, mehr als die Lebendigen, die nach das Leben hatten“, sowie sie damit nicht aufbringen. Herr Arno Lenzenmann hat sich selbsteigenen unter den Orgelbegleitern und wahrnehmlich gibt es nur zwei, drei, die sich ihm an die Seite stellen dürfen. Technisch ist er sozusagen der Moritz Wienthal der Orgel. Es ist daher ein Wunder, wie man mit zehn Fingern diese Orgelmeisterwerke fertig bringt. Lenzenmann ist mehr als bloßer Techniker. Der Vortrag der gigantischen Bachfuge von Max Regler und der Passacaglia von Frescobaldi zeigte ihn auf der Höhe ausgereifter Vortragsmethoden. o-n.

„Kammermusikabend in Kostalt.“ Ein hoher Kunstgenuss wurde dem Kostalter Publikum Freitag abend durch den von Herrn Konzertmeister Vogel im Lindenaal veranstalteten Kammermusikabend geboten. Als Vortragende hatte Herr Vogel der Pianisten Schels und Frau Renker-Stärke (Mezzo-Sopran) gewonnen. Als Gegenüber ist Herr Vogel in Kostalt eine besondere Ehre; er hatte auch diesmal wieder einen vollen Erfolg hauptsächlich mit der Sonate in C-moll von Beethoven, die er mit höchster künstlerischer Vollendung zum Vortrag brachte.

nachdem dieser erklärte, der Stadtrat wolle die Begünstigung der Ausbeuter noch einmal genauer prüfen und wünschlich ihre Wünsche berücksichtigen. Einweil wollte die Steuerzulagen nur an Pensionäre mit weniger als 6000 Mk., dagegen den Pensionären eine einmalige Zulage in Höhe von 800 Mk. bewilligen. Daraufhin wurden den Pensionären 800 Mk. bewilligt, jedoch die Grenzlinie mit 6000 Mk. abgelehnt. Die Gesamtzulage erheißt einen Betrag von 156.600 Mk., wovon die Steuerzulage aus Wirtschaftsmitteln, durch stärkere Erhebung der Einkommen und Vermögen, die einmaligen Zulagen sollen auf Kriegskredit berechnet werden. Auch eine weitere Erhöhung des Gaspreises mit der elektrischen Energie soll im nächsten Voranschlag in Aussicht stehen, nachdem erst vor einigen Tagen die Preise um 50 Proz. erhöht wurden. Die Erhöhung soll infolge erhöhter Kohlenpreise notwendig sein. Das letzte Wort wird hoffentlich der neue Bürgerausschuß sprechen.

o. Bretten, 2. April. Aus der Gemeinderats-sitzung vom 31. März. Die Besetzung der Reichshilfsdieners, Schulmann- und Helfershilfsstelle wurde verlegt. — Eine Menge Nachwahlen sollen auf Grund der Abreise der durch die Abreise an die männliche Bevölkerung, jedoch nicht unter 18 Jahren, abgegeben werden. — Von dem vorhandenen Braumwein sollen die für Spirituosen konfessionierten Brote je 8 Pfassen erhalten, die übrigen 42 Pfassen die beiden Konditorien (Kaffee). — Die Vergütung an den Schulrat, bisher 50 Pf. pro Schüler, soll auf 75 Pf. erhöht werden. — Eine Vergütung an Mitglieder des Freiw. Batallions wurde abgelehnt. — Die Vergütung der städtischen Turnhalle seitens der beiden und freien Turnerschaft, eine alte Streitfrage, wurde nun dahin geregelt, daß jedem der beiden Vereine 3 Abende der Woche gegen entsprechende Vergütung angewiesen werden. — Einem Antrag dreier Kohlenhändler, den Bezug von Kohlen und Holz seitens der Stadt und teilweise Abgabe an Private einzustellen, konnte aus gewichtigen Gründen nicht stattgegeben werden. — Der Gemeinderat nahm Kenntnis vom Voranschlag der städtischen Rechenstellen, bei denen durchweg erhöhte Ausgaben gegenüber verminderten Einnahmen zu verzeichnen sind.

Aus der Stadt.

• Karlsruhe, 4. April.
• Vom Michowitzer.

Die Wohnungsnot wird von manchen Hausbesitzern fortgesetzt dazu benutzt, die Mietzinsen ins Unbegreifliche zu steigern. Es wird gefordert und gefordert, was das Zeug hält, wenn nicht das Mietzinsengeld den fruchtbarsten Boden in einem Monat für Monat ständig im Umsatz begriffen, vorausgesetzt, daß genügend Mietspeicher und Wagen aufzutreiben wären. Zum 1. April wurde die Mietschranke für viele Mieter wieder kräftig angezogen, wie viele Zuschriften an uns beweisen. Auch wird feste der Kauf und den Verkäufen acht; meistens eine Mietschranke voraus, um eine möglichst hohe Rendite bei der Abgabe nachweisen zu können. So schreibt uns ein Mieter:

Ich wohnte in einem Hause in der Pöckstraße, welches Eigentum einer Firma in der Karlsruher Straße ist, welche sehr viele Häuser hier hat. Unter dem 1. 10. 1918 hat die Eigentümerin eine allgemeine Steigerung der Mietzinsen vorgenommen, und zwar bei mir von 2 Zimmern und 1 Küche um 50 Mk. (1) und bei den größeren Wohnungen entsprechend mehr. Unter dem 25. 3. 1919 erhielt ich abermals ein Schreiben, daß infolge Steigerung der Materialen, Reparaturen, Steigerung des Hypothekenzinses eine weitere Steigerung der Mietzinsen ab 1. 7. 1919 um 50 Mk. (1) erfolgt und ich solle mich sofort erklären, ob ich die Steigerung annehme. Inzwischen ist nun das Haus verkauft worden und es steht zu erwarten, daß der neue Eigentümer in Kürze abermals mit einer Steigerung der Mietzinsen kommt, denn die übrigen Hausbesitzer der größeren Wohnungen wurden alle um 100 Mk. (1) angehoben. Die in unserem Hause wohnenden Mieter und auch noch viele andere, die ich gesprochen habe, nehmen die Steigerung ruhig an, weil sie fürchten, daß bei Nichtannahme eine Kündigung der Wohnung auf dem Fuße folgen würde. Das Verhalten der Hausbesitzer, die die Wohnungsnot durch fortwährende Mietschranke auszunutzen suchen, gehört nicht mehr an den Pranger gestellt, denn so kann es doch nicht mehr weitergehen.

Soweit die Aufschrift. Es muß aber bei der Gelegenheit auch gesagt werden, daß nicht nur Hausbesitzer, sondern auch manche Mieter die besessene Wohnungsnot in der wirtschaftlichen Welt auszunutzen beim Vermieten von möblierten Zimmern nützlich. So wird uns mitgeteilt, daß ein Ministerialdirektor in der Weberstraße für ein kleines Dachgebäudezimmer mit klammerlicher Einrichtung,

Wenn man auch schon vorher überzeugt sein konnte, daß Herr Vogel nicht nur bei der Zusammenstellung des Programmes, sondern auch bei der Auswahl der mitwirkenden Kräfte seinen guten Geschmack und sein hohes künstlerisches Talent zur Geltung bringen würde, so übertrug die Sängerin, Frau Renker-Stärke, jedoch alle gegnerischen Erwartungen. Frau Renker-Stärke verfügt über eine prächtige, glänzende Stimme, die in verschiedenen Tönen von Tränen und Groll voll zur Entfaltung kam. Den Hauptpunkt des Abends bildeten aber drei altitalienische Arien aus dem 17. Jahrhundert, bei deren Vortrag man die Leistung der Künstlerin am besten beurteilen konnte. Man mußte nur beobachten, daß der Saal nicht voller besetzt war. Allerdings war den ärmere Klassen, unter denen es doch auch Liebhaber einer wirklich guten Kunst gibt, der Besuch des Konzerts durch den ziemlich hohen Preis der Plätze erschwert und es wäre daher sehr zu wünschen, wenn bei künftigen Veranstaltungen auch ein Platz zu geringem Preis geschaffen wird, wobei wir es als selbstverständlich ansehen, daß die besser gestellten Kunstliebhaber die teureren Plätze kaufen. Auf die Weise wäre — ähnlich wie es in manchen Städten durch die Volksgesangvereine geschieht — ein Gegengewicht gegen die Opernmoderatoren, die einen künstlerischen Wert nicht aufzuweisen können, geschaffen und es wäre ein weiterer Schritt getan, um wahre Kunst ins Volk zu bringen.

In der Galerie Noos, Kaiserstraße 157, findet im Monat April eine Ausstellung der neuen Künstlergruppe „Die“ (Vereinigung Karlsruher Künstler) statt. Die Gruppe umfasst folgende Künstler: Walter Feder, Oskar Fischer, Egon Jitz, Rudolf Schilder, Georg Scholz, Eugen Segewitz und Wladimir Jodanis, welche sämtlich mit neuesten Werken in dieser Sonderausstellung vertreten sind. Die Galerie Noos bietet damit die zweite im Zeichen des „Expressionismus“ stehende Ausstellung und dürfte dieselbe wieder eine besondere Anziehungskraft ausüben. — Ferner sind neu angelegte Werke von W. Kollmar, G. Kuffrich und Aug. Lemmer.

Die Ausstellung „Das badische Land im Bild“ in Mannheim wird am Sonntag, den 6. April, definitiv geschlossen, nachdem über 20.000 Besucher die reichen Schätze besichtigt haben. Die Eröffnung der städtischen Kunstausstellung Baden-Baden, Pflanzengalerie 2a (gegenüber Hotel Stephanie) findet am Donnerstag, 10. April, nachmittags 1/2 Uhr, statt. Die Ausstellung ist vom 11. d. M. ab den Besuchern zu den üblichen Besuchszeiten wieder geöffnet.

das nicht einmal ein Fenster, sondern nur eine kleine Lochlücke hat, tag und nacht 45 Mk. (1) Miete monatlich, 15 Mk. für Frühstück und 6 Mk. für Bedienung verlangt. Es müßten energische Vorkehrungen auch gegen den Wucher beim Vermieten mödlicher Zimmer getroffen werden. Die Nachfrage nach Einzimmerern ist durch die Demobilisierung und die Ausweitung aus dem Krieg sehr groß, jedoch ist immer ein Zimmer aufzutreiben ist. Und es zeigt sich, daß diese Zimmernot auch von vielen Mietern egoistisch ausgenutzt wird, die somit nicht laut genug gegen den Mietswucher von Hausbesitzern protestieren können.

Auch Bierpreisausschlag. Zum Ausgleich dafür, daß in denjenigen Staaten, welche die Zwangsverwirklichung der Bier aufheben, die Erzeugerpreise steigen werden, wird in Baden der Erzeugerpreis für ein Hektoliter unter Berücksichtigung der Wirkung vom 1. April 1919 ab auf 30 Pfennig für das Stück erhöht; die Zuschläge von 3 Pfennig für das Stück bei Ablieferung der Jahresmengen des Hektolitererzeugers zum 31. Juli und von 2 Pfennig bei Ablieferung bis zum 31. August, sowie von 3 Pfennig für jedes über die Sollmenge abgelieferte Hektolitererzeugnis, der Erzeugerpreis für ein Hektoliter beträgt daher künftig 36 Pfennig. Der Erzeugerpreis für ein Hektoliter werde auf 38 Pfennig und für ein Gasei auf 58 Pfennig festgelegt.

Das ist also die erste Folge der Aufhebung der Zwangsverwirklichung im Bereiche für Bier. 30 Pfennig Erzeugerpreis und 36 Pfennig Verbraucherpreis für 1 Liter ist allerhand. Dabei steht die Erzeugerpreis nur auf dem Papier. Wie werden auch in Baden, daß die Zwangsverwirklichung besteht, wohl kaum mehr zu haben sein. Sie werden nach außerhalb veräußert werden.

Sport und Arbeiterschaft. Es sei nochmals auf die heute Abend 7 Uhr im Saal der „Brauerei Kammerer“, Wollhornerstraße, stattfindende öffentliche Versammlung hinzuweisen, in der Parteizentrum, Mitglied der Nationalversammlung, Großhans Konstant, über „Sport und Arbeiterkult“ sprechen wird. Männer und Frauen, sowie auch die Jugendlichen beiderlei Geschlechts, die sporttreibende Arbeiterschaft in den bürgerlichen Verbänden sind zu der Versammlung eingeladen. Es findet freie Rede statt.

Der Reichsbund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbefähigten, Ortsgruppe Karlsruhe, hat in seiner letzten Generalversammlung einen Antrag einstimmig angenommen, der für Kaufleute und Handlungsgeschäften von höchstem Interesse sein dürfte. Der Antrag lautet, die bürgerliche Volkserziehung möge bei der Nationalversammlung in Weimar sofort Schritte unternehmen, daß das Reichsgesetz vom 24. Jan. d. R. betr. Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern, das eine Einstellung nur für 3 Monate vorschreibt, um weitere 3 Monate verlängert wird. Es wäre den Kriegsteilnehmern nur zu wünschen, daß ihre berechtigten Forderungen von Erfolg gekrönt sein wird.

Anmeldung der Bestände an Rubel. Laut Gesetz vom 16. März 1919 (R.G.B. S. 221) und der Bekanntmachung des Reichsministers der Finanzen vom 24. März 1919 sind alle im Inland befindlichen Bestände an Geldeinheiten, die auf Rubel russischer Währung lauten, nach dem Stande vom 4. April 1919 abends in der Zeit vom d. 6. bis 16. April 1919 bei einer Reichsbankanstalt verlässlich in den Dienstbüchern anzugeben.

Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Verwaltungsjahre Karlsruhe. Am Sonntag, 30. März, stattete in der Gewerkschaftszentrale die jährliche Generalversammlung der hiesigen Zastelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Zum 1. Punkt des Jahresberichts wies Herr Sauer auf den gedruckten Vorbericht, auf den wir an dieser Stelle noch näher zurückkommen werden. Die Aussprache über den Jahresbericht war eine äußerst lebhaft. Zum 2. Punkt der Tagesordnung, Beratung des Ortsrats, lagen Vorschläge vor, daß an Stelle der jetzigen Vertrauensmänner in Zukunft nur von den Mitgliedern erwählte Delegierte die Generalversammlung bilden sollen. Dieser Antrag wurde nach längerer Diskussion abgelehnt. Beschlüsse wurden, daß alljährlich eine Generalversammlung stattfinden sollte. Weiter als Statuten werden weitere Generalversammlungen innerhalb eines Jahres hat die engere Ortsverwaltung in Verbindung mit der erweiterten Ortsverwaltung beschließen zu lassen. Die Zahl der in die Ortsverwaltung zu wählenden Mitglieder wurde um 2 vermehrt. Ein früherer Vorschlag, wonach die Funktionen der Generalversammlung infolge der schlechten Verkehrsverhältnisse auf die erweiterte Ortsverwaltung zu übertragen sind, wurde erneuert und zwar soll die Ortsverwaltung solange andauern, bis wieder bessere Verkehrsverhältnisse hergestellt sind. In die Ortsverwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: Bernauer, Diehl, Dill, Schulenburg, Gühwiler, Klaus, Andreas Seib, Spindler und Meger. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zum Gewerkschaftsalltag. Kollege Sauer empfahl, sich an der Wahl zu beteiligen und, damit auch ein Vertreter von der Karlsruher Metallarbeiterzastelle auf den Kongress komme, nur einen Kandidaten vorzuschlagen. Dieser Auffassung trat die Generalversammlung bei und wurde Kollege Schulenburg als Kandidat aufgestellt. Zum letzten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zur Einführung eines kollektiven Arbeitsvertrages, hielt Kollege Schulenburg ein instruktives Referat, das beifällig aufgenommen wurde. Nach einer kurzen Aussprache darüber wurde die Generalversammlung abends 7 Uhr geschlossen.

Der Verkauf von Pferdefleisch. Infolge Mangels an anderem Fleisch war die Nachfrage nach Pferdefleisch in der Stadt so groß, daß sich große Wirtshäuser im Handel mit Pferdefleisch ergaben haben. Dadurch, daß nicht nur Minderbemittelte, die vor dem Krieg die alleinigen Käufer von Pferdefleisch waren, sondern auch große Teile der übrigen Bevölkerung in ihrem Haushalt solches verwendeten, wurden die Preise für Pferdefleisch ungeheuer in die Höhe getrieben. Diese Preissteigerung hat zu dem großen wirtschaftlichen Schaden dadurch geführt, daß Pferde ohne Nutzwert geschlachtet und so die Zahl der zu Arbeitszwecken dringend notwendigen Pferde in gefährlicher Weise vermindert wurde. Auf Anregung des Volksrats beschloß daher der Stadtrat, sowohl den Verkauf, wie die Schlachtung der Pferde unter städtische Leitung und Aufsicht zu stellen. Den privaten Pferdebeschlägereien wurde der Verkauf von Pferdefleisch verboten und der gesamte Verbrauch von Pferdefleisch durch Kunden- und Wirtshauszwang geregelt. Ein von der Stadt beauftragter Pferdebeschläger ist allein befugt zur Ausgabe von Pferdefleisch einzuführen. Wirtshäuser, die in den Vorjahren gemieteten Wäden, Erwähnt sei noch, daß das Pferdefleisch aus dem Schlachthof vollständig getrennt ist von den übrigen Schlachtküfern. Selbstverständlich ist, wie in allen Betrieben des Schlachthofes und Viehhofs, auch in der Pferdebeschlägerei größter Wert auf peinlichste Sauberkeit und sachgemäße Behandlung des Fleisches gelegt. Insofern den Verbrauchern von Pferdefleisch die Gewähr geboten ist, daß nur tadellos, in jeder Beziehung einwandfreie Ware in den Handel kommt.

Erwerbt das badische Staatsbürgerrecht

Volksversammlung.

In einer am Freitag den 11. April, abends 8 Uhr, im Saale der städtischen Festhalle stattfindenden großen Volksversammlung nimmt die sozialdemokratische Partei Stellung zu der neuen Verfassung und der über dieselbe stattfindende Volksabstimmung am darauffolgenden Sonntag. Hauptredner des Abends ist der Vorsitzende der Verfassungskommission, Stadtrat Dr. Dieckhoff.

Bergbahnbetrieb Durlach-Tumberg. Die Kraftseilbahn Durlach-Tumberg wird am Samstag den 5. April wieder eröffnet.

Letzte Nachrichten.

Trennung von Staat und Kirche.

Metzger, 3. April. Der Verfassungsausschuss der deutschen Nationalversammlung beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Verhältnis von Staat und Kirche. Grundlegend wurde die Trennung von Staat und Kirche beschlossen. Die entscheidenden Sätze wurden durchgängig mit den Stimmen der Demokraten und Sozialdemokraten angenommen. Von großer grundsätzlicher Bedeutung ist die Fassung, die der Artikel 20 erhalten hat. In seinem ersten Satze wird die Trennung von Staat und Kirche programmatisch ausgesprochen, ebenso ist die Gleichstellung gewisser Vereinigungen mit den Religionsgesellschaften festgelegt worden, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen. Vereinigungen wie der Monistenbund, sind damit den Religionsgesellschaften gleichgestellt worden.

Der Typhus in Pforzheim.

Pforzheim, 3. April. Die Zahl der Typhuskranken ist gestern um 24 auf 2326, die Zahl der Toten auf 156 zugenommen.

Reichskonferenz der Eisenbahnarbeiter-Räte.

Frankfurt a. M., 3. April. (MFR.) Heute vormittag begann unter dem Vorsitz von Jechts-Perlin im Eisenbahndirektionsgebäude hierseits die Reichskonferenz der Eisenbahnarbeiter-Räte Deutschlands. Vertreter waren fast alle Direktionsbezirke durch etwa 100 Delegierte. Zu Beginn der Tagung verliest der Frankfurter Arbeiterrat die Erklärung des preussischen Eisenbahnministers Decker an die Direktionspräsidenten Preußens: den Eisenbahnarbeitern erteilt er zu der Tagung keinen Urlaub und keine Fahrbezahlung den Einzelnen zu gewähren. Das Rundschreiben Decker's mußte als eine Kampfsache an die Arbeiter-Räte bezeichnet werden. Darauf sprach Paul Schulz, Frankfurt über „Revolution und Staatsarbeiter“. In der Diskussion legte Schramm, München dar, daß wenn in Preußen der Widerstand des Eisenbahnministers gegen die Arbeiter-Räte nicht aufhören würde, sich dann die bayerischen Arbeiter gegen die Reichseisenbahn erklären müßten. Auch W. W. Wagberg, Lübeck, äußerte sich in dem rüchlichen Geist im preussischen Eisenbahnministerium und den Direktionskritik und forderte zum schärfsten Widerstand gegen das alte System auf.

Kampf um den Achtstundentag in der Schweiz.

Aus Basel wird berichtet: Der Kampf um den Achtstundentag in der Schweiz nimmt hereis erstere Formen an. Der schweizerische Holzarbeiterverband, einer der stärksten gewerkschaftlichen Verbände in der Schweiz, stellt an den am 12. und 13. April in Olten stattfindenden schweizerischen Gewerkschaftskongress den Antrag, daß die organisierte schweizerische Arbeiterschaft in das Kampffeld für den Achtstundentag eintreten soll, wenn bis zu diesem Zeitpunkt von den Unternehmerverbänden und dem schweizerischen Bundesrat keinerlei Garantien vorhanden sind, welche die Einführung des Achtstundentags für den 1. Mai 1919 sichern. Dieser Kampf muß als Massenaktion organisiert und durchgeführt werden. Der Gewerkschaftskongress organisiert und durchführt eine Streikleitung einzuweisen, die

einen Kampfplan auszuarbeiten und die Streikpartie auszugeben hat. Die Eisenbahner sowie ein Teil der Arbeiter in den Staats- und Kommunalbetrieben, sowie in privaten (genossenschaftlichen) Betrieben nehmen am Streik nicht teil, dagegen haben sie sich zu finanziellen Unterstützung des Streiks zu verpflichten. Verantwortlich für das Unannehmliche den organisierten Massenstreik mit einer allgemeinen Ausperrung, so haben auch die vorgenannten Arbeiterkategorien in den Massenstreik eingetreten.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag Tagestour. Abf. 6.31 Uhr Herrenalb, Weidenhau, Döbel, Herrenalb. Führer: Kraus.
Karlsruhe. (Verband der Steinarbeiter.) Samstag, den 5. April, abends 7 Uhr, Versammlung im „Großherzog Friedrich“, Weidenhaustraße 1022. Der Vorstand.
Karlsruhe. (Arbeiter-Radsport-Bund.) Samstag, den 5. April, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal, Kaiserstraße 13. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen nötig.
Karlsruhe-Mühlburg. („Bruderkreis.“) Heute Freitag, 4. April, abends 7.30 Uhr, Übungsstunde. Anschließend Sängerversammlung. Wichtige Tagesordnung. Pünktliches Erscheinen aller Aktiven ist notwendig.
Karlsruhe. (Sozialdemokratischer Verein.) Sonntag nachmittag 3 Uhr findet im „Lamm“ eine Wahlkreisversammlung statt. Tagesordnung: Einnahme der Wahlkreiswahl. 2554
Liedelsheim. (Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts.“) Sonntag, 6. April, nachm. 7.30 Uhr, im „Ochsen“ Beginn der ersten Singstunde. Anschließend Neuwahl, wozu die Mitglieder pünktlich erscheinen wollen. 2568 Der Vorstand.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland: Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Geschäfts-Übernahme und Empfehlung.
Hierdurch beehre ich mich anzuzeigen, dass ich unterm Heutigen das Restaurant
„Zum neuen Kaiserhof“
Gartenstrasse 68, gegenüber der Patronen-Fabrik
übernommen und erbschaft habe. Es wird mein Bestreben sein, durch Führung einer guten Küche, soweit dies unter den gegebenen Verhältnissen ein möglich, sowie durch Verabreichung guter Weine und vorzüglichem Möninger Bier den Ansprüchen meiner Gäste zu genügen, wofür meine langjährige Tätigkeit im Wirtsgewerbe bürgt.
Um regen Zuspruch bittet
Gottlieb Heldmaier, früher im „Deutschen Haus“.
Karlsruhe, den 1. April 1919. 2564

Bekanntmachung.
Es mehren sich die Fälle, daß Entlassene in Dienstlichen Angelegenheiten zu ihren Vertriebs-Kommandos reisen wollen, an den faktischen Willkürschaltern ohne Ausweise begehren. Nach dem der Antrag auf eine Militärkarte begünstigt ist, muß zur Erlangung der Militärkarte ein Ausweis beim Vertriebs-Kommando schriftlich beantragt werden. In den Anträgen ist der Grund der Reise und der Einleitungs-Bahnhof anzugeben.
Landesausschuss der Soldatenräte Stolzenburg.
Von Seiten des General-Kommandos
Der Chef des Generalstabes,
H. Ehrenbach,
Oberleutnant.
Wir suchen 2563
zum sofortigen Eintritt
einige tüchtige
Modellschreiber.
Fab. Maschinenfabrik (Seboldwerk) Durlach.

Schuhmacher
für Sohlen, Meß und neue Arbeit in und außer dem Hause gesucht. Näheres Herrenstr. 43, Laden. 2561
Ausgefallene
Frauen-Haar
werden fortwährend angekauft und gut bezahlt bei
Mug. Bier
Damen-Café u. Perlendammacher.
Dorfstr. 19, Tel. 3638
Kostümfabrik
dunkelblau und schwarz (Cheviot) zu verkaufen, solange Vorrat reicht. 2560
Eberh. Dirichtr. 38, 1. Et.

Musik-Verein Karlsruhe
(Gewerkschaftliche Vereinigung).
Am Sonntag, den 5. April, abends 7 Uhr, findet im Saale der Restauration „Walhalla“ (Anzertstrasse) unter Mitwirkung des Gesangsvereins Harmonie (gemischter Chor) unser
I. Konzert
verbunden mit Tanz-Unterhaltung statt.
Der Vorstand.
Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Eltern die aus der Kirche ausgetreten sind werden hiermit auf den
freireligiösen Religionsunterricht
aufmerksam gemacht. Jeden Samstag 3-5 Uhr
Lindendehle (Kriegsstr.). Anmeldung daselbst, Zimmer 18, vor 8 Uhr. 1057

Lehrhänge gesucht
für
Gärtnerei, Steinhauer, Steinschleifer, Hafner, Schmiede, Blechener und Installateure, Galvanisierer, Former, Graveure, Holzvergolder, Goldschmiede, Kesselschmiede, Feilenhauer, Rasiermesser-Hohlschleifer, Wagner, Buchbinder, Tapezier u. Dekorateur, Küfer, Bürstenbinder, Herren- und Damenschneider, Maler u. Anstreicher, Glaser, Maurer, Schriftsetzer u. Buchdrucker, Steindruckere, Kürschner, Köche und Kellerer, Zimmerleute, Kaufleute, Eisenhobler.
Städt. Arbeitsamt
Zähringerstraße 100. 2561

Fleisch.
In der laufenden Woche kommen zur Verteilung:
150 g Fleisch gegen 1/10 Fleischmarken und 50 g Fleischmarken gegen 1/10 Fleischmarken.
Karlsruhe, den 3. April 1919. 2560
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Secfische.
Fisch eingetroffen; in den bekannten Verteilungsstellen:
Schellfisch IV 1.20 das Pfund
Kabeljau I 1.50
II 1.35
III 1.20
Sardinen I 2.00
II 1.50
Steinbutt I 3.90
II 3.20
III 2.20
Lachs I 8.00
II 2.90
Eisbaaren I 4.50
Langfisch 1.50
Seelachs 1.40
Karlsruhe, den 3. April 1919. 2570
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Sauerkraut Saure Rüben
bis auf weiteres an Wochentagen von 9 bis 11 Uhr vormittags u. von 2 bis 4 Uhr nachmittags Kaiserstrasse 25, jedoch nur sachweise, gegen Vorzahlung erhältlich. Käufer sind mitzubringen.
Kleinere Mengen Sauerkraut und Rüben werden in den städt. Verkaufsstellen und auf den Märkten marktfrei abgegeben.
Karlsruhe, den 11. März 1919. 1791
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Futtermittel
für alle Säugtiere und Geflügel (Preis kostenlos)
A. Plöttner-Theisen
(Thür) 252A.

Wäsche u. s. w.
Offiz. Uniformen Schmucksachen



„Gef.“ Angebote erbitet!
Weintraub's An- u. Verkauf-Geschäft,
Kronenstr. 68
Telefon 3747

Schöne Koffhaarmatratze Nr. 350.
maß. runder Tisch 115 cm Durchmesser, Nr. 63., neue Koffhaarmatratze von Nr. 25., an. kleines schönes Plüsch Sofa Nr. 176., verschied. Spielzeug, billig zu verkaufen.
S. Sonntag, Karlsruherstr. 19, Telefon 2161.

Herd,
dreifach, gut erhalten, billig zu verkaufen. 2558
Rudolph Holl,
Mitterstraße 4.
Zu verkaufen: 1 Klein- u. 1 Kuchenschrank. Zu erfragen bei
Hörner, Franckstr. 5, V. I.
Haasen u. Ziegenfelle
werden gekauft und aufbezahlt.
S. Sonntag, Karlsruherstr. 19, Telefon 2161.

Levy An- und Verkaufsgeschäft,
Markgrafenstraße 22.

Eisenbahnertaschen
in allen Größen zu haben in
Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 68.

Standesbuch-Auszüge
der Stadt Karlsruhe.
Geburtsnachrichten. 3. April.
Emanuel Gartner von hier, Kaufmann hier, mit Erna Heisl von hier; Emil Lehmann von hier, Maschinenbauingenieur in Stuttgart, mit Elsa Bauer von hier; Hans Hansen v. Loden, Kellner hier, mit Emilie Heitel von hier; Peter Wiedemeyer von hier, Landwirt, a. H. Volkswirtschaftler hier, mit Emma Grönet von hier; Leopold Günter v. Schlutenbach, Bauhilfsarbeiter hier, mit Karoline Quanz Bwe. von hier; Hermann Probst von Döllingen, Schlosser, mit Waltraute Walm von Reutlingen.
Geburten. 22. März: Lukas, Gilbert, Karl, Emil, Vater Gilbert, Herr. Zeußel von Wittenberg, Architekt; Margarete, Helene, Lotte, Paul, Klaus, Godefrid; Hans, Vater Oskar, Kaufmann, Schneidermeister; Elsa, Luise, Vater Karl, Köhler, Kaufmann, Küfer. — 29. März: Bertold, Vater Ferd. Bäcker, u. Quackler; Maria, Vater Otto Wiedemann, Kaufmann; Rina, Vater Gust. Scheller, Dreher; Erna, Karolina, Vater Gg. Gegenheimer, Kaufmann. — 30. März: Helene, Margarete, Vater Karl, Ströbel, Maschinenarbeiter; Otto, Friedrich, Wilhelm, Vater Otto, Himmelsberger, Beamter; Hans, Georg, Reinhold, Vater Dr. Hans Geyhle, Reichsanwalt. — 31. März: Alois, Hans, Vater Hermann, Demmer, Oberbaurat; Magdalena, Vater Gg. Wans, Zergl. Todesfälle. 1. April: Elisabetha Weddler, alt 82 Jahre; Witwe von Karl Weddler, Wagenwärter; Otto Winkler, Fabrikarb., ledig, alt 21 Jahre; Otto Prigle, Kaufmann, Ehemann, alt 60 Jahre. — 2. April: Michael Spiegel, Schuhmacher, Ehemann, alt 49 Jahre.

Standesbuchauszüge
der Stadt Durlach.
Geburt. Emil, Vater Friedrich, Adam, Christof Meier, Arbeiter.
Eheverträge: Wilhelm Friedrich Kraus, Witw. und Wegner, hier, und Regina Franke in Königsdorf, Gustav Adolf Dill, Vater, und Wilhelmine Weigel, Ludwig Karl Friedrich Turban, Dr. med., Arzt, und Julie Anna Rannette Elisabeth Köhler geb. Kimmel. Sterbefälle. Genoveva geborene Weil, Witwe des Maurers Jakob Bauer, 76 Jahre alt, Friedrich Weiler, Landwirt, Wittwer, 80 J. a.

Drucksachen
Hefen die
Buchdruckerei Volksfreund

